Ausgabe: © Schaumburger Nachrichten, 03.04.2009

## Alles ab 1000 Euro anzeigen

Die Mitglieder des Stadtrates haben auf ihrer jüngsten Sitzung die Annahme von Sponsoring-Leistungen einstimmig befürwortet. Damit muss die Stadt alle eingehenden Leistungen über 1000 Euro laut einer neuen Richtlinie zur Korruptionsprävention und -bekämpfung der Landesverwaltung offen anzeigen.

Obernkrichen. Laut Bürgermeister Oliver Schäfer (SPD) soll das über die Internetseite der Stadt, www.obernkirchen.de, geschehen. Jeder Sponsor muss der Veröffentlichung seiner Leistung allerdings zustimmen, damit die Stadt die Leistung annehmen darf. Ebenfalls haben die Ratsmitglieder einstimmig dem Abschluss eines Kommunalbausparvertrags zugestimmt. So sollen, wie bereits berichtet, die Mieteinnahmen aus dem Bornemann-Gebäude, die sich laut Schäfer auf 70 000 Euro belaufen, als monatlicher Regelsparvertrag verwendet werden. Der Vertrag wird mit einer Bausparsumme von einer Million Euro angelegt, die Sparzeit soll sieben Jahre betragen. Laut Beschluss sollen 500 000 Euro angespart und 500 000 Euro als Darlehen der Stadt zur Verfügung gestellt werden. "Unter bestimmten Bedingungen", so Schäfer, soll diese Summe auch Dritten zur Verfügung gestellt werden. Bei welchem Kreditinstitut der Vertrag abgeschlossen wird, ist noch nicht bekannt. Auch die Einrichtung eines städtischen Gründerfonds (wir berichteten) ist vom Rat einstimmig beschlossen worden. Demnach soll der Fonds mit einem Grundkapital von 10 000 Euro noch in diesem Jahr eingerichtet und bis Ende dieses Jahres genutzt werden. Auch die Maßnahmen des Konjunkturpakets II waren noch einmal – wenn auch nur kurz – Thema im Rat. Dem Beschlussvorschlag, die Mittel aus dem Paket zu zwei Dritteln für Bildung und einem Drittel für "sonstige kommunale Infrastruktur" aufzuwenden, wurde geschlossen zugestimmt. Die Stadt rechnet mit einer Pauschalbezuschussung von 369 200 Euro, ihr Eigenanteil beträgt laut Stadtkämmerer Wolfgang Seele 19,5 Prozent und würde sich somit auf 72 600 Euro belaufen. Die Ratsmitglieder einigten sich darauf, mögliche übrige Gelder durch eventuelle Einsparungen für weitere Maßnahmen zu verwenden und das Fördergeld somit ganz auszuschöpfen.